

ortrag.
 8 Uhr wird im
 ed. Carsten vom
 kheiten
 eramtman O.S.
 verein Calw.
 lmoniak
 bar.
 en, fein gemahlener
 Mh. 3.50 per Fr.



Nr. 121. Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw. 94. Jahrgang.
 Erscheinungsweise: 6 mal wöchentl. Anzeigepreis: Die kleinspaltige Seite 20 Hg.,
 Restamen 60 Hg. — Schluß der Anzeigennahme 9 Uhr vormittags. — Fernsprecher 9.
 Dienstag, den 27. Mai 1919.
 Bezugspreis: In der Stadt mit Zeitungsabgabe Mf. 2.45 vierteljährlich, Postbezugspreis
 im Orts- u. Nachbarortbezirk Mf. 2.25, im Fernortbezirk Mf. 2.95, Belegpreis 30 Hg.

Die Gemeinderatswahl in Calw.

Gestern abend gegen 8 Uhr war das umfangreiche Zählgeschäft beendet, das dadurch, daß die Wähler von dem Recht des Kommulieren und Panachieren recht ausgiebigen Gebrauch gemacht hatten, um ein Vielfaches vergrößert worden war. Unabgeändert wurden verhältnismäßig wenig Stimmzettel abgegeben, ein Zeichen, daß die Wähler vielfach weniger nach parteipolitischen als nach persönlichen Gesichtspunkten ihre Stimmen verteilt haben. Auf den Wahlvorschlag der deutschen demokratischen Partei entfielen 19 641 Stimmen, auf denjenigen der Sozialdemokratie 14 943, auf denjenigen der Bürgerpartei 8325, auf denjenigen der Katholiken Calws 1973. Insgesamt wurden von den 2276 Wahlteilnehmern 62 782 Stimmen auf die Kandidaten abgegeben. Entsprechend den Höchstzahlen, die bei der Teilung durch 1, 2, 3 usw. der Gesamtstimmengahl der Parteien herauskamen, erhielten die Deutsche demokratische Partei 9 Sitze, die Sozialdemokratie 7, die Bürgerpartei 4; der Wahlvorschlag der Katholiken erhielt keine Höchstzahl mehr. Entsprechend der Reihenfolge der Höchstzahlen wurden den Parteien auch die Sitze zugeteilt; die Sitzverteilung innerhalb der Parteien findet sodann entsprechend der auf den einzelnen Kandidaten gesallenen Stimmengahl statt. Nach diesen Gesichtspunkten verteilen sich die 20 Gemeinderats-Sitze folgendermaßen: 1. Staudenmeyer, 2. May, 3. Autenrieth, 4. Konz, 5. Schiele, 6. Vaeuchle, 7. Stüber, 8. Stör, 9. Pfrommer, 10. Dreiß, 11. Bischoff, 12. Perrot, 13. Gg. Wagner, 14. Scholl, 15. Georgli, 16. Widmaier, 17. Hämmerle, 18. Kober, 19. Kirchherr, 20. Weigel. Eigentlich wäre vom Wahlvorschlag der Bürgerpartei Kandidator Marquardt an 4. Stelle gestanden, da aber die Bestimmung des allgemeinen Gemeindewahlrechts, daß 2 Schwäger nicht im Gemeindegemeinschaftlichen dürfen, abichtlich oder unabhichtlich auch in das heute mit herübergenommen wurde; so mußte Herr Marquardt als Schwager des Herrn Pfrommer, weil dieser die größere Stimmengahl erhalten hat, zurücktreten, und an seine Stelle ist Herr Kober getreten. In den Gemeinderat ist jetzt auch eine Frau eingezogen: Frau Stadtschultheiß Konz. Wie wir erfahren, hat sie aus allen Parteilagern Stimmen erhalten, ein Zeichen, daß sie die Sympathien und das Vertrauen aller Kreise der Bevölkerung genießt. Frau Stadtschultheiß Konz hat sich wohl auch nicht aus parteipolitischen Gründen einer Partei angeschlossen. Ihr Feld der öffentlichen Tätigkeit ist das der sozialen Fürsorge und der praktischen Jugendzuehung. Und so dürfen es die Frauen Calws begrüßen, daß sie eine rege und pflicht-treue Vertreterin ihrer Ideellen und materiellen Interessen haben. Sonst hat das weibliche Geschlecht eigentlich sehr wenig Solidaritätsgesühl entwickelt, denn die Bewerberinnen der anderen Parteien sind verhältnismäßig weit zurückgeblieben, während durch Kommulieren die Frauen zweifellos ihren Anspruch auf „Gleichberechtigung“ hätten zur Geltung bringen können. Im großen ganzen haben es die Parteien doch zumege gebracht, daß nach politischen Gesichtspunkten gewählt wird, wenn selbstverständlich im einzelnen auch abgeändert, d. h. dem Kandidaten einer anderen Partei aus persönlichen Gründen eine Stimme zugeführt, dafür einen weniger genehmen der eigenen Partei eine solche entzogen wurde. Wenn man bedenkt, daß bei der letzten Wahl trotz der zweifellos auch damals schon vorhandenen Anhängerschaft der Sozialdemokratie der sozialdemokratische Wahlvorschlag nur ganz wenige Stimmen auf sich vereinigen konnte, so daß kein sozialistischer Bewerber durchdrang, und wenn heute über 7% der Gemeinderatsitze von der Sozialdemokratie besetzt werden, so ist das ein Zeichen eines gewaltigen politischen und sozialen Umschwunges, der auf die freiere soziale Stellung der arbeitenden Bevölkerung zurückzuführen ist. Das Stimmverhältnis ist sich gegenüber den Wahlen zur Landes- und Nationalversammlung so ziemlich gleich geblieben.

Was die Personalveränderung anbelangt, so mußten von Anfang an natürlich 10 Personen ausscheiden, weil der neue Gemeinderat nur 20 Mitglieder umfaßt, während vorher Gemeinderat und Bürgerausschuß aus 28 Mitgliedern bestanden. Von den alten Mitgliedern der Kollegien sind nun also wiedergewählt von der deutschen demokratischen Partei: Staudenmeyer (D.D.), Stüber (D.D.), Autenrieth (D.D.), Dreiß (D.D.), Kirchherr (D.D.), Vaeuchle (D.D.), Widmaier (D.D.), von der Bürgerpartei Georg Wagner und Pfrommer. Man muß allerdings beachten, daß durch die Zusammenlegung der Volkspartei und der Nationalliberalen Partei politische Scheidungen stattgefunden haben, daß man also dieses Ergebnis nicht nach rein politischen Gesichtspunkten betrachten darf, weil diese beiden Parteien größere Schattierungen der politischen Anschauung zulassen, als das jetzt nach der reinlichen Scheidung nach außen möglich ist. Nicht mehr gewählt wurden von der deutschen demokratischen Partei Rheinwald (D.D.), Essig (D.D.), Zahn (D.D.), Eberhardt (D.D.), Deyle (D.D.), Jügel (D.D.), von der Bürgerpartei Marquardt (D.D.), und Schwannwirt Maier (D.D.). Nicht mehr aufgestellt wurden vom

Gemeinderat Uhrenmacher Stadel, Fabrikant Hippelien, Tierarzt Kleinbud, Privater Schönlens und Fleischnermeister Feldweg (F.), vom Bürgerausschuß Priester Gustav Wagner, Brauereibesitzer Hiller, Gastwirt Schnauffer, Faktor Stür und Metzgermeister Kugeler. Trotz vielfacher Aufklärung in Versammlungen und in der Zeitung wurden durch das Panachieren und Kommulieren viele Fehler gemacht, indem die Wähler, wenn sie ihre Stimmen auf einen Kandidaten häuften, oder einen Namen aus einem andern Wahlvorschlag herübernahmen, vergaßen, eine entsprechende Zahl von Bewerbern des eigenen Wahlzettels zu streichen, so daß die Zahl 20 nicht überschritten wurde. Die Zählkommission mußte dann die Streichung rein technisch von sich aus vornehmen, und so wurden jedesmal die letzten Stimmen gestrichen, wenn die Zahl 20 überschritten war. Auf diese Weise hat beispielsweise Handelschuldirektor Jügel 60 Stimmen verloren, die ihm ohne die Nachlässigkeit des Wählers zugefallen wären, was gleichzeitig den Verlust des ihm sonst zufallenden Gemeinderats-Sitzes zur Folge hatte.

Der neue Gemeinderat, von dem die 10 ersten Mitglieder auf 6 Jahre, und die andere Hälfte auf 3 Jahre gewählt ist, wird schwerwiegende Aufgaben zu erfüllen haben, die in den nächsten Jahren der Stadtverwaltung bevorstehen. Die neuen Gemeindevorsteher haben also Gelegenheit, ihr Wissen und ihre Erfahrungen zum Wohl der Stadt und damit der Allgemeinheit zur Verfügung zu stellen. In folgendem geben wir eine Uebersicht über die Stimmengahl, die die einzelnen Bewerber auf sich vereinigt haben.

Von der Deutschen Demokratischen Partei: Emil Staudenmeyer, Verwaltungsskalar: 1810; Karl Stüber, Wagnermeister: 1522; Dr. Oskar Autenrieth, prakt. Arzt: 1691; Ernst Rheinwald, Rechtsanwält: 957; Eugen Dreiß, Kaufmann: 1389; Heinrich Essig, Fleischnermeister: 964; Rosa Wagner, Fabrikanten-Chefrau: 479; Heinrich Perrot, Mechaniker: 1166; Paul Georgli, Kaufmann: 1058; Ernst Kirchherr, Zimmermeister: 984; Christian Luz, Bäckermeister: 873; J. Wäuchle, Oberpräzeptor: 1634; Julius Widmaier, Metzgermeister: 1011; Johanna Rümmlin, geb. Bühner, Kaufmanns-Chefrau: 485; Karl Zahn, Uhrmacher: 723; Friedrich Deyle, Kaufmann: 512; Friedrich Belz, Appreteur: 419; Karl Eberhardt, Kaminschneidmeister: 681; Karl Jügel, Handelschuldirektor: 935; Wilh. Engelhardt, Bremser: 348.

Von der Sozialdemokratischen Partei: Bruno May, Buchdrucker: 1513; Wilhelm Schiele, Lokomotivführer: 1318; Fr. Bischoff, Kammacher: 1020; Pauline Heilemann, Fabrikarbeiterin: 610; Robert Stör, Lagerhalter: 1278; Ernst Weigel, Zigarrenmacher: 780; Reinhold Scholl, Schaffner: 960; Eug. Hämmerle, Zimmermann: 835; David Hasbender, Maschinenarbeiter: 506; Gottlieb Herrmann, Maler: 550; Alb. Maier, Jungführer: 758; Emanuel Koller, Jacquardweber: 409; Adolf Labadie, Weber: 434; Wilh. Eymert, Goldarbeiter: 417; Joh. Oppold, Schaffner: 738; Gottlob Schlotter, Plazarbeiter: 414; Gottlob Grohmann, Weber: 369; Joh. Umschneider, Lokomotivheizer: 402; Jul. Braun, Zigarrenmacher: 491; Paul Hönle, Maschinenstricker: 451.

Von der Bürgerpartei: Ehe Konz, Stadtschultheißenwitwe: 1536; Elisabetha Fescher, Lehrerin: 269; Friedrich Pfrommer, Bäckermeister: 1215; Erwin Sannwald, Fabrikant: 762; Hermann Marquardt, Konditor: 838; Jakob Knecht, Kaufmann: 762; Friedr. Kober, Berwaller a. D.: 767; Gottlob Müller, Profurist: 321; Friedr. Maier, Schwannwirt: 631; Christian Jourdan, Metzgermeister: 328; Gustav Weber, Handelschuldirektor: 284; P. Heite, Eisenbahnfreier: 272; Georg Wagner, Kommerzienrat: 940.

Von den Katholiken Calw: Friedrich Andeier, Eisenbahnassistent: 193; Herm. Göttinger, Eisenbahngeometer: 277; Wilh. Behner, Hauptlehrer: 275; Wendelin Luz, Oberlokomotivführer: 273; Anton Stauf, Handelschullehrer: 350; Karl Stüber, Bahnhofsaufseher: 254; Jul. Japp, Spinnmeister: 346.

Zur Friedensfrage.

Graf Brochdorff über die Frage der Unterzeichnung.

(W.B.) Berlin, 26. Mai. In einer gestrigen Unterredung des Reichsministers Grafen Brochdorff-Rangau in Versailles mit einem Berichterstatter des „Vorwärts“ antwortete der Minister auf die Frage, wie er die letzten Rundgebungen der Unabhängigen zugunsten der Unterzeichnung um jeden Preis beurteile, dahin, er könne die tiefe Sehnsucht der arbeitenden Massen nach der endlichen Wiederkehr des Friedens nur zu gut begreifen und er werde auch nichts unterlassen, um das Ziel dieser Sehnsucht zu erreichen. Auch sei er nach Versailles mit

der festen Absicht gekommen, das, was von dem früheren Wohlstand und Glück des deutschen Volkes noch übrig blieb, zu verteidigen und zu retten. Aber auch dieser letzte Rest werde durch die uns überreichten Friedensbedingungen vernichtet. Da frage es sich, ob nicht durch eine Verweigerung der Unterschrift diese Rettung eher zu erreichen sei als durch eine Unterwerfung, wie sie die Unabhängigen verlangen. Die deutschen Delegierten würden sich an den Interessen gerade der deutschen Arbeiterklasse sehr verbindigen, wenn sie Bedingungen unterzeichneten, die nichts anderes als verewigte Hungersnot und Arbeitslosigkeit bedeuteten. — Auf die Frage des Berichterstatters, ob er nicht fürchte, daß diese Rundgebungen doch Erfolg hätten, antwortete Graf Rangau: Jedenfalls nicht den Erfolg, der mich veranlassen könnte, meinen festen Entschluß aufzugeben, nichts zu unterschreiben, was nach meiner und aller Sachverständigen Ueberzeugung einer Vernichtung des Volkes gleichkäme. — Gefragt, was er von der Neuherung Haases halte, der Friede müsse unterschrieben werden, die kommende Weltrevolution werde ihn zu einem Fahren Papier machen, antwortete der Minister: Als ich nach Versailles kam, hatte ich die feste Hoffnung, daß die Zeit der Papiersehen endgültig abgeschlossen sei und daß ein neues Zeitalter beginnen würde, in dem man nur Unterschriften vollzieht, die von beiden Seiten geachtet sein würden. Diese Hoffnung auf eine Gesundung der internationalen Moral habe ich nicht abgegeben und ich werde auch danach handeln. Ein bloßer Fahren Papier wird meine Unterschrift niemals erhalten.

Eine deutsche Note gegen den Raub deutschen Privateigentums im Auslande.

Die Note besagt u. a.: Die Friedensbedingungen über das Privateigentum der beiderseitigen Staatsangehörigen sind in erster Linie von dem Bestreben der Ententeeregierungen diktiert, das gesamte, in ihrem Machtbereich befindliche deutsche Privatvermögen als eine einheitliche Masse zu behandeln, aus der so wohl die Privataforderungen ihrer Staatsangehörigen, als auch die staatlichen Ansprüche auf Kriegsschadenzahlung befriedigt werden sollen. Die deutsche Delegation sieht sich zu der Erfüllung verpflichtet, daß ihr die vorgelegene Regelung grundsätzlich unannehmbar erscheint, da sie mit den elementarsten Gedanken eines Rechtsfriedens nach verschiedenen Richtungen hin im Widerspruch steht. Die vorgeschlagene Verwendung deutschen Privateigentums im Auslande käufte auf eine derartig weitgehende Konfiskation von Privatbesitz hinaus, daß eine allgemeine Erschütterung der Grundlagen des internationalen Rechtslebens die Folge sein muß. Die deutsche Delegation ist überzeugt, daß sich zwischen den beiderseitigen Standpunkten ein Ausgleich finden ließe. Eine Reihe von Bedenken würde schon dadurch beseitigt werden, daß der Grundlag der Gegenseitigkeit Anwendung fände, wie er dem Geiste des Völkerbundes entspricht. Im übrigen wäre allerdings mündliche Beratung der einschlägigen Fragen erforderlich.

Deutscher Protest gegen die schamlosen französischen Machenschaften in der Pfalz.

(W.B.) Berlin, 25. Mai. In Ergänzung des bereits gemeldeten Protestes vom 23. Mai gegen die beachtliche Proklamierung einer neutralen Republik Pfalz hat Reichsminister Erzberger heute an General v. Hammerstein ein zur sofortigen Weitergabe an General Nudant bestimmtes Telegramm gerichtet, worin er darauf Bezug nimmt, daß der Regierungspräsident der Pfalz, v. Winterstein, durch General Gerard zwangsweise über den Rhein abgehoben wurde und alle pfälzischen Beamten von den französischen Besatzungsbehörden aufgefordert wurden, der geplanten neuen pfälzischen Regierung der 21 Landauer den Treueid zu leisten. Weiter führt Erzberger die Bekanntmachung des Generals Gerard an, worin es heißt, es sei dem Generalkommando der französischen Armee zur Kenntnis gekommen, daß Landauer Bewohner wegen ihrer sympathischen Gesinnung für Frankreich durch gewisse deutsche Beamte Angelegenheiten erfahren hätten. Darin liege ein Verstoß gegen die Befehle des Marschalls Foch sowie eine Unkorrektheit dem siegreichen und wohlwollenden Frankreich gegenüber. Das französische Besatzungskommando der Pfalz werde alle Bestrebungen auf Selbständigmachung im Anschluß an Frankreich wohlwollend fördern und alle gegenteiligen Schritte unterdrücken. Auf Grund dieses Tatbestandes ersucht Erzberger den General v. Hammerstein, der interalliierten Kommission unseren Protest zu erklären. General Gerard und die ihm unterstellten französischen Besatzungsbehörden hätten ihre Rechte mißbraucht, um einen Staatsstreich zur Loslösung der Pfalz von

„Ideal“
 mmenster Erfolg
 lb unentbehrlich
 dwirt.
 ertreter sowie
 ten i. B.
 erwürze,
 beknuchen,
 ügelsulter,
 r-Drogerie
 an der Nagolb-
 brücke.
 öpfe,
 rararbeiten
 werden angefertigt bei
 Bentzner, Friseur,
 Bad Liebenzell.
 rararbeiten
 sch und billig
 natt Friseurmeister
 Calw.
 Spezial-
 fferglas,
 Sarantol.
 a-Drogerie
 er dem Wab-
 horn.
 der
 ert
 er
 eise.
 thaus.

Bayern und dem Deutschen Reich zu fördern, der von insgesamt 21 Persönlichkeiten ins Werk gesetzt worden sei, über den aber die überwältigende Mehrheit der pfälzischen Bevölkerung voller Empörung und Entrüstung sei. Nachdem nun am 18. Mai die pfälzischen Abgeordneten, die Mitglieder des pfälzischen Landesrates als des verfassungsmäßigen Selbstverwaltungskörpers, die Führer der politischen Parteien, die Führer von Handel, Industrie und Handwerk, des Weinbaues, der pfälzischen Genossenschaften, der freien und christlichen Gewerkschaften und des Kreisverbandes Pfalz des Bayerischen Beamten- und Lehrerbundes in einer einstimmigen Entschließung den Willen der Bevölkerung festgestellt hätten, daß die Pfalz am gemeinsamen Vaterlande unlöslich festhalten wolle, würde eine weitere Unterstützung dieser hochverräterischen Pläne einer Handvoll Leute durch Gewaltmaßnahmen und Gewissenszwang gegen die pfälzischen Beamten und die Bevölkerung durch das französische Kommando gegen das Völkerecht und die internationale Moral verstoßen. Die deutsche Regierung erhebe gegen das Vorgehen des französischen Oberbefehlshabers in der Pfalz erneut schärfsten und feierlichen Protest. Sie könne nicht annehmen, daß im Augenblick der Friedensverhandlungen ein so offenkundiger Rechtsbruch und eine so flagrante Verletzung des Selbstbestimmungsrechts mit Willigkeit des Höchstermandierenden, Marschall Joch, und der französischen Regierung erfolge. Sie appelliere daher an die von allen Völkern und Staaten gebilligten Grundsätze des künftigen Völkerbundes, der Gerechtigkeit und der internationalen Moral, indem sie die sofortige Abberufung des französischen Oberbefehlshabers in der Pfalz und die sofortige Rückgängigmachung seiner Bergewaltigungsmaßnahmen erwarte.

Die heftige Volkskammer gegen die französische Gewalt Herrschaft in Rheinhessen.

Darmstadt, 23. Mai. In der heftigen Volkskammer gab heute der Abgeordnete Pagenstecher folgende Erklärung ab: Die aus Rheinhessen und dem besetzten Gebiet Starkenburg stammenden Abgeordneten der heftigen Volkskammer erklären in ihrer Gesamtheit: Die Bevölkerung des besetzten hessischen Gebiets ist deutsch, bleibt deutsch und steht treu zum Deutschen Reich. Wir protestieren gegen jeden Versuch, unser Volk von deutscher Art und vom Deutschen Reich loszuweisen zu wollen, insbesondere dagegen, daß wir wirtschaftlich, verwaltungstechnisch auch nur vorübergehend vom Reich abgetrennt werden. Wir verlangen, daß wir Hessen auch während der Besetzung nur von deutschen Richtern gerichtet werden, daß uns uneingeschränkte Freiheit der Presse, der Rede und der Versammlung gewährleistet wird. Wir würden nicht verstehen, wenn die Demokratie des Westens duldet, daß der große Gedanke des Selbstbestimmungsrechts der Völker, dazu gehört auch die Freiheit des Wortes, des Gedankens und die Unabhängigkeit der Gerichte, uns gegenüber nicht Anwendung finden sollten.

Ein englischer Pazifist über den Charakter des Entente-Friedensentwurfs.

Amsterdam, 24. Mai. Der englische Volkswirtschaftler und Pazifist G. Lowes Dickinson, Professor am King College in Cambridge fällt in der Daily News ein vernichtendes Urteil über den Friedensvertrag. Er schreibt, seit der Zerstörung Carthagos durch die Römer seien niemals einem besiegten Volke derartige Bedingungen auferlegt worden. Was man im Jahr 1815 Frankreich antat, nachdem es 20 Jahre lang ganz Europa mit Feuer und Schwert bekämpft hatte, sei im Vergleich dazu nur eine Bagatelle. Auch der Friedensschluß mit Frankreich von 1871 sei eine Kleinigkeit dagegen. Man übertreibe nicht, wenn man sage, daß aus der deutschen Nation ein Volk von Heloten gemacht werde. Wenn man die Zivilisation noch retten wolle, so müßten die Beschlüsse von Paris umgekehrt gemacht werden. Nur die von den Schlachtfeldern zurückkehrende Jugend und die Arbeiter können das tun.

Der belgische Druck.

Amsterdam, 26. Mai. Der Niederländischen Telegraphenagentur wird aus Eindhoven gemeldet, daß die belgische Grenze geschlossen ist. Niemand darf Belgien verlassen. Im Zusammenhang mit dem der deutschen Delegation bewilligten Termin am 29. Mai wurden alle Militärurteile restlos aufgehoben und eine allgemeine Mobilmachung angeordnet.

Ein belgischer Sozialist über den wahren Charakter der Entente.

Berlin, 25. Mai. Wer soll die deutschen Kolonien besitzen? Diese Frage wirft nun Louis de Brauder in dem belgischen Sozialistenorgan „Le Peuple“ auf. Er schreibt u. a.: Ich lese in dem Friedensvertrag, daß Deutschland alle seine Rechte, die es im Ausland besaß, an die Großmächte abtreten soll. Eine Lesart lautet — und es sind Gründe dafür vorhanden, daß sie richtig ist — „und an Belgien.“ Diese Zufügung in erster Stunde ist sicher für unsere Eigenliebe sehr schmeichelhaft und vielleicht sichert sie uns selbst einige positive Vorteile zu, aber sie ändert nichts an dem Wichtigsten, an der juristischen Grundlage der Situation; denn wir haben die Pflicht, diese Sache aus dem Gesichtspunkte des Rechts zu betrachten. Wir würden arme Schlucker sein, wenn wir uns nicht über die beschränkten und engen Auffassungen einer egoistischen Politik zu erheben verständen. Ist denn die Sicherung eines wirklich dauernden und fruchttragenden Friedens nicht unser höchstes Lebensinteresse, wohin alles andere zurücktreten sollte. Die deutschen Kolonien sollen also an die Großmächte fallen. Sie sollen ihren Eigentümer verändern, wie der Sklave, den man mit dem Eigentum seines Herrn verkauft, wenn er Konkurs gemacht hat. Deutschland soll seine Schulden bezahlen mit so und so viel Steinkohlen, so und so viel Gold und so und so viel Negern. Noch eins: Das ist es nicht, was man uns zugesagt hat. Nach dem zuerst angekündigten Entwurf sollten die deutschen Kolonien überhaupt keinen Herrn mehr haben. Sie sollten sich selbst angehören und ihre Befreiung sollte das Symbol sein und zugleich als Verprechen der Emanzipation von allen Besitzungen.

Ämtliche Bekanntmachungen.

Ev. Bezirkschulämter Nagold und Neuenbürg.

An die Herren Schulvorstände, ersten und einzigen Lehrer.

Die neuen Dienststempel können mit dem bisherigen Staatswappen angefertigt werden.

Nagold-Neuenbürg, 20. Mai 1919.

Schott. Baumann.

Dieser Friedensvertrag ist aber nur die Bekräftigung der alten Auffassung. Die deutsche Herrschaft wird nicht durch die seiner Konkurrenz ergeht! Eine Konzentration der Ausbeutung findet statt. Die Großunternehmungen zur Ausbeutung von Afrika, Asien und Australien bilden jetzt einen Truist unter dem Namen der „Fünfmächte u. Cie.“ Das Cie. sind wir. Von einer solchen Kombination einen Frieden zu erwarten, wäre ebenso als wenn man das Ende eines Jahrs auf dem Weltmarkt von der großen Kombination „Mo.“ erwarten wollte.

Der Druck auf die „Neutralen“, im Falle der Nichtunterzeichnung.

(W.B.) Amsterdam, 24. Mai. „Allg. Handelsblatt“ meldet aus Paris: Es bekräftigt sich, daß die Neutralen dieselbe Note wegen der Blockademahregeln gegen Deutschland erhalten haben, falls dieses sich weigern sollte, zu unterschreiben. Man hatte zuerst geglaubt, daß nur die Schweiz und Holland davon in Kenntnis gesetzt worden seien. — (Im Falle der Nichtunterzeichnung müßten also alle Neutralen ihre Grenzen wieder gegen Deutschland abschließen.)

Neutrale Bedenken gegen den Völkerbund.

Stockholm, 25. Mai. Bei Besprechung der bevorstehenden Beratung der nordischen Minister über eine grundsätzliche Aenderung der äußeren Politik der nordischen Völker infolge der Einladung zum Völkerbunde erklärt „Nya Dagligt Allehanda“ es für ein Unglück, daß es sich hierbei nur um einige besonders bestimmte Nationen handeln, da sie dadurch in einen Gegensatz zu den nicht angeforderten Nationen kämen. Was die Tatsache bedeute, davon gebe die Aufforderung der Entente an die Neutralen einen Vorgeschmack. Sie müßten an der erweiterten Blockade gegen das hungernde Deutschland teilnehmen, um es zur Annahme der unmenschlich harten Friedensbedingungen zu zwingen. Aus Deutschland höre man von Verzweiflung über die Not und von dem Gedanken, alles zu unterschreiben mit dem Vorbehalt, daß das Unersättliche künftig auch nicht erfüllbar werden könne; doch werde der kommende Völkerbund offenbar als Zwangsvollstreckter selbst der strengsten Forderungen auftreten. Hätten die Deutschen einmal unterzeichnet, so könne in Uebereinstimmung mit dem Völkerrecht gefordert werden, daß sie den Vertrag bis zum Aeußersten erfüllen, und die Mitglieder des Völkerbundes müßten dann für unabsehbare Zeiten Gefangenwärter und Wächter sein und bei geringstem Widerstand des unglücklichen deutschen Volkes Gewalt anwenden. Würden angesichts dieser Aussichten die demokratischen nordischen Regierungen sich wirklich mit unterwürfigem völligen Schweigen der Forderung fügen, obwohl jedes wahre Gewissen sie als Schändlichkeit empfinden müßte?

Thorn bleibt fest in deutscher Hand.

Berlin, 26. Mai. Um der Beunruhigung unter der deutschen Bevölkerung Thorns wegen Losreißung von Westpreußen entgegenzutreten, erließ vorgestern der Gouverneur der Festung Thorn eine Rundgebung, in der es heißt: Die Festung Thorn ist gegen alle Angriffe gesichert, sie ist und bleibt fest in deutscher Hand.

Die Letten an die deutsche Regierung.

(W.B.) Riga, 24. Mai. Die lettische Regierung hat an die deutsche Gesandtschaft die Bitte gerichtet, der Reichsregierung das Erlauben zu übermitteln, die reichsdeutschen Truppen noch einige Zeit in Lettland zu belassen, da die lettische Landeswehr vorläufig noch nicht imstande sei, allein die Front gegen die Bolschewisten zu halten. Mit Rücksicht auf die Tatsache, daß die Bolschewistengefahr eine europäische Angelegenheit sei, erhofft die lettische Regierung Erfüllung der Bitte.

Amerikas Anteil an dem Raub der deutschen Schiffe.

Washington, 27. Mai. Reuter. Der Rat der Vier ist, einem amtlichen Bericht aus Paris zufolge, dahin übereingekommen, daß die Vereinigten Staaten alle deutschen Schiffe, die in den Häfen der Vereinigten Staaten beschlagnahmt wurden, behalten dürfen. — Das wird den Amerikanern aber wehe tun, denn sie sind doch nur wegen der Freiheit der Völker in den Krieg gezogen.

Englische „Großzügigkeit“.

London, 27. Mai. Reuter. Harnsworth erklärte im Unterhaus, daß die britische Regierung folgende neue Regierungen endgültig anerkannt habe: Die Tschecho-Slowakei, Polen und Finnland. Anerkennung auch dem estländischen und dem lettischen Nationalrat als de facto unabhängige Körperschaft zu Teil geworden. Gleichzeitig sind die Araber als kriegführende Macht anerkannt worden. — Aber Deutschland soll ein Helotenstaat bleiben.

Die Kämpfe der ungarischen Bolschewisten gegen Tschechen und Rumänen.

Budapest, 25. Mai. Der Feind zieht sich in aufgelösten Verbänden gegen Bako Szent Peter, Salkszó und Tiszaluc zurück, von unseren siegreichen Truppen verfolgt. Am 23. Mai war die in der Umgebung von Miskolcz schnell zusammengezogene tschechisch-rumänische Truppe zu einem schneidigen Gegenangriff vorgegangen. Der Kampf dauerte erbittert bis zum Vormittag des 24. Mai. Die Verluste des Feindes sind sehr groß. In der Gegend von Putnok warfen unsere Abteilungen den Feind über das Bueck-Gebirge zurück und erreichten den Sajó und das Rima-Tal.

Der Kampf gegen die Bolschewisten.

Amsterdam, 26. Mai. Die „Times“ melden aus Helsingfors: An der Front von Gatschina, 43 Meilen von Petersburg, mußte der rote Generalfstab am Dienstag und Mittwoch seine besten Kräfte einsetzen, die von dem nord-

russischen Armeekorps fast ganz aufgerieben wurde. Den bolschewistischen rechten Flügel, der von finnischen Freiwilligen, die unter dem Schutz britischer Kriegsschiffe nach dem Fort Krasnaja-Gorka vorrückten, zurückgetrieben wurde, erreichte daselbe Schicksal. Die Vorhut der Nordarmee steht nach den letzten amtlichen Berichten 37 Meilen von Petersburg, Stockholm, 26. Mai. Bei Isborki, westlich Pleskau, durchbrachen die Esthen die bolschewistischen Linien und machten 1000 Gefangene, darunter ein ganzes Scharfschützenregiment. Die esthischen Truppen stehen jetzt 10 Meilen von Pleskau.

Die Alliierten und Rußland.

Paris, 26. Mai. Reuter. Eine amtliche Mitteilung besagt, daß die alliierten und associierten Mächte beschlossen haben, die Blockade über Ungarn aufzuheben, sobald dort eine Regierung ist, die Gewähr für geordnete Verhältnisse bietet.

Paris, 26. Mai. Reuter. Der Viererrat hat beschlossen, die Regierungen Koltshaks und Deninins anzuerkennen, wenn die Letzter dieser Regierungen sich bereit erklären, sich, was die Zukunft Rußlands betrifft, den Einspruch einer gesetzgebenden Versammlung zu fügen. — Als Rußland zusammen mit der Entente Deutschland überfiel, da fragten die Alliierten auch nicht nach den gesetzgebenden Versammlungen.

Der Boykott der japanischen Waren in China.

Amsterdam, 27. Mai. Dem „Allgemeinen Handelsblatt“ zufolge meldet „Morningpost“ aus Shanghai, der Boykott der japanischen Waren in Städten im Innern Chinas breite sich aus. Die Schiffe in den Flußhäfen stoßen beim Laden auf Schwierigkeiten. In Wuhu wurden japanische Läden und Schiffe überfallen und mehrere Japanner verwundet. Chinesische Truppen griffen zum Schutz der Japaner ein.

Bermischte Nachrichten.

Kein Straferlass für die politischen Vergehen in Frankreich.

Verailles, 24. Mai. Die Deputierten Lafont und Paul Menier interpellierten, den gestrigen Morgenblättern zufolge, die Regierung darüber, ob und wann sie die Amnestie zu erlassen gedenke. Namens der Regierung erklärte der Justizminister Mail, die Regierung verlange sofortige Verabredung der Interpellation. Der Augenblick der Amnestie sei noch nicht gekommen. Wenn Deutschland nicht unterzeichne, müßten die französischen Truppen sofort wieder ins Feld gehen. Man dürfe die Disziplin der französischen Armee von einer Million Mann, die eventuell in Deutschland voranzuführen müsse, durch keinerlei verfrühte Maßnahmen schwächen. Die Ausföhrungen Mail's wurden von den Sozialisten durch scharfe Zwischenrufe unterbrochen. Lafont begründete sodann die Notwendigkeit der Amnestie. Mehrere Deputierte unterstützten die Forderung Lafont's, u. a. der Deputierte Marem, der wenigstens eine beschränkte Amnestie verlange und erklärte: „Selbst wenn wir die Bedingungen des Friedensvertrages kennen, besitzt die Regierung mein Vertrauen nicht mehr.“ Sogar Augagneur, der stets zur Regierung gehalten hat, beschwor die Regierung, wenigstens zu erklären, wann sie die Amnestie zu erlassen gedenke. Der Beifall, der den Interpellanten zuerst von links spendet wurde, begann nunmehr auch vom Zentrum zu erschalle. Wie „Oeuvre“ berichtet, schien Mail in großer Verlegenheit zu sein und erhebe sich in der Befürchtung, daß die Regierung in die Minderheit geraten könne, telephonisch mit Clemenceau in Verbindung gesetzt, sei dann wieder im Sitzungssaal erschienen und habe, nachdem zahlreiche Deputierte nochmals auf ihn eingeredet hätten, endlich erklärt, die französische Regierung werde nach der Friedensunterzeichnung die Amnestie erlassen. Deschanel habe diese für die Regierung etwas peinliche Situation abgelenkt, indem er sofort zur Abstimmung schreiten ließ, die unter lebhafter Erregung vorgenommen worden sei. Den gestrigen Morgenzeitungen zufolge betrug das Ergebnis 326 Stimmen für die Verabredung und 176 dagegen. Das Resultat beträgt laut amtlicher Ziffer 277 für, gegen die Verabredung 135 Stimmen bei 90 Stimmenthaltungen.

Mehr als 100 000 Anzeigen über Abwanderung des Kapitals in Berlin.

Nach dem Berliner „N.-A.“ liegen der Berliner Steuerverwaltung allein über 100 000 Anzeigen über die Abwanderung des Kapitals in das Ausland vor. Die Schweiz erstickt im deutschen Gelde; die dortigen Banken wissen tatsächlich nicht mehr, wohin sie damit sollen. „Für alle diese Ausfälle wird der kleine Mann letzten Endes haftbar sein. Er hat nicht die Gelegenheit der Steuerbehörde gegenüber, wie die Kriegsgewinnler und muß die Suppe auslöpfeln, während jene sich ins Fäustchen lachen,“ bemerkt dazu das genannte Blatt. — (Warum hat man aber so lange gewartet?)

Butter im Ueberfluß und nicht anzubringen.

(S.E.B.) Dänemark hat im Augenblick eine Ueberproduktion an Butter. Deutschland kommt als Abnehmer dafür nicht in Frage wegen der finanziellen Schwierigkeiten. England könnte die Butter wohl kaufen, findet aber den Preis zu hoch. Norwegen erhält billigere Butter aus Amerika und Schweden produziert selbst genügend Butter. 100 000 Fässer Butter liegen verfaulend bereit und müssen verderben, weil mit England zu keiner Preisverabredung zu kommen ist.

Die verkannten Völkerschiffe.

S.E.B. Vom Schwarzwald, 26. Mai. Als im Rendsfal aus Anlaß einer Bauernhochzeit Völkerschiffe gelöst wurden, glaubten die französischen Besatzungstruppen der Strecke Kehl-Appenweiler, deutsche Soldaten wollten einen Angriff unternehmen. Wie das Offenburger Tagblatt mitteilt, wurde dann der Befehl gegeben, die Telegraphendrähte bei Legelshurst abzuschneiden. Alle verfügbaren Leute wurden mit Maschinengewehren in den Wald gegen Appenweiler geschickt. Hier wurde die ganze Nacht hindurch Maschinengewehrfire unterhalten. Ein Franzose fiel beim Abschneiden der Leitungen von einem Telefonturm und erlitt schwere Verletzungen.

Ins Stadt und Land.

Calw, den 27. Mai 1919.

Eisenbahnverkehr an Himmelfahrt.

Mitteilung der Generaldirektion der Staatsbahnen:

Am Himmelfahrtstag, den 29. Mai, und an Pfingsten, den 8. und 9. Juni ist nach Mitteilung der Generaldirektion der Staatsbahnen wegen des Mangels an Lokomotiven und Personenzügen eine Vermehrung der Züge gegenüber dem regelmäßigen Sonntagsfahrplan ausgeschlossen. Zugverstärkungen sind nur soweit möglich, als sie nicht die Stellung weiterer Lokomotiven bedingen. Es sollten daher alle nicht unbedingt nötigen Reisen unterbleiben. Mit Zurückbleiben beim Reiseantritt oder unterwegs muß gerechnet werden. Die Eisenbahnverwaltung behält sich vor, bei stärkerem Andrang den Fahrkartenvorverkauf einzustellen und einzelne Stationen zu schließen. Dies gilt namentlich hinsichtlich der Früh- und Mittagzüge.

Militärrenten.

Mit Wirkung vom 1. Juni d. J. an (erstmalig am 28. Mai) wird den Empfängern von Militärversorgungsgeldern R und H, und zwar den sämtlichen R-Empfängern und den Unterlassen der H-Empfänger bis auf weiteres eine monatlich zahlbare Teuerungszulage in Höhe von 40 v. H. der ihnen zustehenden laufenden Versorgungsgebühren gezahlt. Die Empfänger haben bei dem zahlenden Postamt eine auf den erhöhten Betrag lautende Quittung vorzulegen; bei der Berechnung ist der zu zahlende Betrag auf volle 5 S nach oben abzurunden. Der Vorlage einer besonderen Quittung über Zuschläge bedarf es nicht mehr. Den Heereskrankenempfängern des Bezirkes Calw wird der Betrag, auf welchen die am 28. d. Mts. und künftighin dem Postamt vorzulegende Quittung zu lauten hat, mit Postkarte mitgeteilt.

Zur Landeskirchenversammlung.

Als vor wenigen Monaten die Wichtigkeit sich mit der Frage des staatlichen Neuaufbaus beschäftigte, sind wir für die Wahrung der öffentlichen Stellung unserer Kirche im Volksleben mit ganzer Entschiedenheit eingetreten. Was wir dadurch staatlicherseits an Zugeständnissen gewonnen haben, geben wir gewiß nicht ohne Not wieder preis. Das ist der stärkste Grund, warum man in den verschiedenen kirchlichen Lagern, rechts wie links, sich heute aufrichtig und ernsthaft zur Volkskirche bekennen. Es wäre in der Tat etwas überaus wertvolles, wenn es gelänge, ein größeres, allgemeines Interesse für Kirche und kirchliche Arbeit auch unter den bisher kirchenfernen zu wecken und breitere Volksschichten zu aktiver Teilnahme am kirchlichen Leben zu erziehen. Aber das hat, so erstrebenswert es ist, doch bestimmte Grenzen: andersartige, wesensfremde Kräfte könnten mit hereingenommen werden, um nun als Fremdkörper den vorhandenen Lebensbestand der Kirche zu belasten oder zu zerstören. Alle Zusicherungen, daß solche Absicht fernliege, genügen heute nicht. Wir brauchen, wo Ehr und Tor nach außen weit geöffnet werden soll, zuverlässige Garantien gegen jeden inneren Wertverlust. Die äußeren Lebensformen der Kirche müssen zeitgemäß weitergebildet werden, darin sind wir so fortschrittlich, wie die anderen alle. Aber der innerliche Glaubens- und Lebensstand der Kirche ist ein von Gott uns anvertrautes Gut, das treu zu behüten wir im Gewissen gebunden sind, weil es ein übel Ding ist, gegen das Gewissen handeln zu wollen. Und ob es auch heute, um diese innerlichsten Fragen sich noch nicht handelt, sie werden kommen, und dann dürfen wir nicht zuvor die Verteidigungswaffen aus den Händen gelegt haben.

Bon der fortschrittlichen Neugestaltung erhoffen auch wir für mannigfache Wünsche Berücksichtigung. Unter dem seitherigen Staatskirchentum ist mancherlei gesundes religiöses Leben, das im Wort Christi wurzelte, niedergehalten worden,

so daß es sich nur schwer und unter Überwinden von Ästen der Kirche entfalten konnte. Nicht in religiösem Individualismus oder fetter Zerplitterung liegt unser Ziel, sondern darin, daß in der Kirche jedes selbstlos dem Wohl des Ganzen diene. Eine künftige Kirchenregierung hat nicht die Aufgabe, die Verschiedenheit der vorhandenen Kräfte durch künstliche Balancierung auszugleichen, sondern nach allen Seiten die Fesseln zu lösen, damit jede Kraft in freiem Wettbewerb sich am Aufbau evangelischen Gemeinlebens bewähren könne. Der unbillige Gegensatz von Pfazern und Laien muß überwunden werden in dem höheren Gedanken vom allgemeinen Priestertum, das Recht und Pflicht des lebendigen evangelischen Christen gleichermaßen betont. Um die Verständigung mit allen Rüstungen des heutigen Kulturlebens bzw. eine Auseinandersetzung mit demselben gewinnbringend zu ermöglichen, kann die geistige Arbeit der Theologie nicht entbehrt werden; aber über ihr steht die göttliche Berufung und Begabung, sei's zum Dienst am Wort, sei es zu Verwaltung und Regierung der Kirche. Das wird mancherlei künftige Neugestaltung für die Zukunft fordern. Aber der Angelpunkt alles neuen Werdens ist die tatsächliche, wirksame Neugestaltung des innersten Personlebens durch die Kraft Christi. Darum geht auch aller wirkliche Fortschritt kirchlichen Lebens im letzten Grund nicht von der breiten Masse aus, sondern von dem Herrn der Kirche selbst, und von denjenigen Persönlichkeiten und geschlossenen Kreisen, die sich vorbehaltlos ihrem Herrn zu Werk und Dienst zur Verfügung gestellt haben.

Pfarrer Lorenberger.

Mutmäßiges Wetter am Mittwoch und Donnerstag.

Die Störungen nehmen weiter zu, aber auch der Hochdruck leistet Widerstand. Am Mittwoch und Donnerstag ist mehrfach bedecktes, strichweise gewitteliges, sonst trockenes und mäßig warmes Wetter zu erwarten.

Ans der Landesversammlung.

(S. B.) Stuttgart, 24. Mai. In der heutigen Sitzung wurden den Rörperschaftsbeamten die Teuerungszulagen aus der Pensionskasse in 3. Lesung genehmigt und schließlich den Beamten die Ausgleichszulagen in Höhe von 22,4 Millionen (ursprünglich 13,8 Millionen) zugestimmt. In ersten Worten wies dabei der Finanzminister auf die falsche Taktik der Arbeiter hin, die immer noch höhere Löhne verlangen, ohne dabei zu bedenken, daß eines Tages die Betriebsunternehmen zerknirschend zusammenbrechen müssen. Die Erhöhung dieser Beamtenszulagen ist bedingt durch die Erhöhung der Arbeiterlöhne, die, wie der Minister meinte, nur noch kurze Zeit bezahlt werden können. — Eine über Württemberg hinausgehende politische Bedeutung gewinnen die Beratungen, die sich mit der Auslieferung des Deutschen Kaisers an die Entente befassen. Die Redner der bürgerlichen Parteien waren sich einig, daß einem solchen das deutsche Volk und den deutschen Namen entehrenden Gehahren der Feinde nicht stattgegeben werden dürfe. Es fand dann der Ausschlußantrag gegen die Stimmen der Sozialdemokratie und der Unabhängigen Annahme, wonach die Regierung ersucht werden soll, bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß Deutschland 1. einem völkerrechtswidrigen Verlangen der Entente auf Auslieferung von Deutschen, insbesondere des früheren Deutschen Kaisers, mit aller Entschiedenheit entgegentritt; 2. bei den Friedensverhandlungen die Einsetzung eines Kriminalgerichtshofs aus parteiischen Richtern zur Aburteilung von Deutschen grundsätzlich ablehnt. Die Abstimmung über einen weiteren Antrag über die Klarstellung der Kriegursache und der Schuld am Kriege usw. mußte, da das Haus nicht mehr beschlußfähig war, verschoben werden. Die Beratungen werden bis nach Pfingsten ausgesetzt. Die Fest-

setzung des Termins für die nächste Sitzung ist dem Präsidium überlassen.

Die süddeutschen Staaten zur Kommunalisierung von Wirtschaftsbetrieben und zur Kohlenbewirtschaftung.

(S. B.) Stuttgart, 25. Mai. Am 17. Mai fand in Stuttgart auf Einladung der württ. Regierung eine Besprechung von Vertretern der süddeutschen Staaten über das von der Reichsregierung geplante Gesetz zur Kommunalisierung von Wirtschaftsbetrieben und über die Regelung der Kohlenwirtschaft statt. Das Ergebnis der eingehenden Beratungen, an denen mehrere Minister süddeutscher Staaten teilnahmen, war die Feststellung völliger Übereinstimmung mit der von der württembergischen Regierung in diesen Sozialisierungsfragen bisher vertretenen Stellung. In der Frage eines Reichskommunalisierungsgesetzes wurde die Notwendigkeit besonders betont, der einzelstaatlichen Gesetzgebung zwecks richtiger Anpassung an die Verschiedenheit der einzelnen Länder die Bestimmung des Preises der in Betracht kommenden Wirtschaftszweige und des Umfangs der erforderlichen staatlichen Genehmigung und Aufsicht zu überlassen. In der Art der Kommunalisierung soll den Gemeinden weitgehende Freiheit gewährt werden. Die Landeszentralbehörden müssen jedoch ihre Aufgabe des Ausgleichs zwischen den Gemeinden und der Regelung der Kommunalisierung größerer Wirtschaftszweige durchzuführen in der Lage sein. Zu der Regelung der Kohlenwirtschaft, wie sie dem Sachverständigenrat vorgeschlagen worden ist, wurde übereinstimmend die Stärkung des Einflusses der Verbraucher in den zentralen Stellen der Kohlenwirtschaft, die Heranziehung des Staatenausschusses und besonderer Landesstellen bei der Festsetzung der Kohlenpreise und bei der Kontrolle der Belieferung gefordert. Die württembergische Regierung wurde mit der Aufstellung der entsprechenden Grundzüge und Abänderungsanträge beauftragt.

..: Altburg, 26. Mai. Am Sonntag den 18. Mai fand in Altburg in der „Krone“ eine Versammlung, veranstaltet vom Reichsbund der Kriegsbefähigten, Kriegsteilnehmer und Hinterbliebenen statt, zwecks Gründung einer Ortsgruppe. Es wurden gewählt: als 1. Vorsitzender: Dan. Ralf; Kassier: Pfommer; Schriftführer: Geiger; als 1. Beisitzer: Kamerad Weber von Alzenberg und Margarete Had als 2. Beisitzerin. Sodann sprach Vorsitzender Bernhardt aus Calw über die bisherigen errungenen Erfolge des Reichsbundes und über den am 31. Mai und 1. Juni im Bezirk II stattfindenden Bezirkstag. Seine lehrreichen Ausführungen lohnte die Versammlung mit reichem Beifall.

Für die Schriftl. verantwortlich: Otto Seltsmann, Calw. Druck und Verlag der A. Blöchliger'schen Buchdruckerei, Calw.

Reklameteil.

AMBI-Dachstein-Maschine

für Handbetrieb

arbeitet rasch, sparsam und zuverlässig

Anfragen an:

AMBI, Abt. II K

Charlottenburg 9

Städtische Lebensmittel-Fürsorge.

Morgen Vormittag 8 Uhr wird unter dem Rathaus an die Buchstaben M, N, O und P, sowie an diejenigen Personen der Buchstaben S, R und L, welche das letztemal kein Fleisch erhalten haben, Schweinefleisch abgegeben, das Pfund zu 2,35 Mk.

Deckenpfenn.

Aus dem Gemeinewald werden am Mittwoch, den 4. Juni 1919 an Ort und Stelle

220 stärkere und 150 schwächere eichene

Wagnerstangen

verkauft. Zusammenkunft beim Rathaus vormittags 8 Uhr. Den 24. Mai 1919.

Schultheißenamt: Braun.

Alle Hüte wie neu
durch Strohhutlax und Strobin,
alt. Schuhwiegen
durch Färbol, weiß, gelb und schwarz
Ritter-Drogerie
gegenüber Hotel „Walldhorn.“

Verloren
vom Weinsteg bis Hohen Felsen ein Paar braune
Glace-Handschuhe.
Abzugeben gegen gute Belohnung bei
Karl Hoferer, alte Postgasse 134, Calw.

Ein Dachshund ist entlaufen.
Friedrich Hanfmann, Martinsmoos.

Stadtgemeinde Calw.

Bekanntmachung.

Bei der Gemeinderatswahl am 25. Mai 1919 haben 2276 Wahlberechtigte abgestimmt.

Es wurden abgegeben für den Wahlvorschlag

I. 14343 Stimmen und erhielt nach der Verteilung 7 Stellen.

II. 1973 " " " " " " 4 "

III. 8825 " " " " " " 4 "

IV. 19641 " " " " " " 9 "

Juf. 20 Stellen.

Es sind somit gewählt:

1. Staudenmeyer, Emil, Verw.-Akt.
2. May, Bruno, Buchdrucker
3. Dr. Autenrieth, prakt. Arzt
4. Konz, Else, Stadtschultheißen Wwe.
5. Schiele, Wilhelm, Lok.-Führer
6. Baenschle, Jakob, Oberpräf.
7. Stiller, Karl, Wagnermeister
8. Stör, Robert, Lagerhalter
9. Pfommer, Friedr., Bäckermeister
10. Dreiß, Eugen, Kaufmann
11. Bischoff, Friedr., Rammacher
12. Perrot, Heinnr., Mechaniker
13. Wagner, Georg, Komm.-Rat
14. Scholl, Reinhold, Schaffner
15. Georgii, Paul, Kaufmann
16. Widmaier, Sul., Metzgermeister
17. Hämmerle, Eugen, Zimmermann
- 18a. Marquardt, Herm., Konditor (am Eintritt in den Gemeinderat verhindert, weil mit Ziffer 9 verschwägert)
- 18b. Kober, Friedr., Verw.-Akt. a. D.
19. Kirchherr, Ernst, Zimmermeister
20. Weigel, Ernst, Zig.-Macher.

und zwar Ziffer 1 bis 10 auf 6 Jahre, Ziffer 11 bis 20 auf 3 Jahre. Einsprachen gegen die Gültigkeit der Wahl müssen innerhalb einer Woche bei dem Gemeinderat vorgebracht werden. Im übrigen wird auf den Anschlag am Rathaus verwiesen. Den 26. Mai 1919.

Stadtschultheißenamt: G ö h n e r.

Dienstmädchen

von 16—17 Jahren zu kleiner Familie (2 Personen). Nähe Leopoldshöhe, direkt Schweizergraben, gesucht. Reise wird vergütet. Gute Verpflegung, guter Lohn. Zu erfragen bei

Frau Fritz, Hirzau, Nr. 150.

Für Sonntags eine Aushilfe zum Bedienen

gesucht. Cafe Wurster.

Neue Verzeichnisse der Fernsprechanstalten

sind im Kontor des Vattes, das Stück zu 50 Pfennig, zu haben.

2 tüchtige Bollgatterfänger

können sofort eintreten bei

G. Gengenbach Söhne, Sägewerk, Dillweissenstein.

Aufenthalt

für ca. 14 Tage sucht bessere, junge Frau in Ort oder Städtchen, wo Gelegenheit zu Waldspaziergängen. Einfache aber gute Verpflegung.

Frau Barts, Heilbronn, Göttestr. 68.

Zwergspitzer,

auf den Ruf Mira gehend. Wilh. Rüdiger, Förster a. D., Hirzau.

Landwirte

ihre kaufen bei

Max Zucker

Maschinen-Handlung

Weilderstadt.

Eigene Reparaturwerkstätte

Grosses Lager.

Calw, den 27. Mai 1919.

Dankfagung.

Allen Freunden und Bekannten, die unserer teureren verstorbenen

Katharine Rack

während ihrer langen Leidenszeit in so reichem Maße Liebe zuteil werden ließen und bei ihrem Hinscheiden auch uns mit Trost und Teilnahme zur Seite standen, möchten wir auf diesem Wege unsern tiefgefühlten Dank aussprechen.

Für die Angehörigen:
der Gatte: **Joseph Rack.**

Oberkollbach, 26. Mai 1919.

Dankfagung.

Es ist mir ein herzliches Bedürfnis, allen Verwandten, Freunden und Bekannten von nah und fern, die uns bei dem plötzlichen Hinscheiden meiner lieben Gattin, unserer treubeforgten, unvergeßlichen Schwester, Schwägerin und Tante

Friederike Glück
geb. Häußler

so viel Liebe und Teilnahme bezeugten, besonders dem Herrn Pfarrer Schmid für die tiefgefühlten Worte des Trostes und der Erbauung herzlichen Dank zu sagen.

Der tiefgebeugte Gatte:
Ehr. Glück, Hauptlehrer a. D.

Liebenzell, den 26. Mai 1919.

Dankfagung.

Für die vielen Beweise aufrichtiger Teilnahme, die wir beim Hinscheiden unserer lieben, unvergeßlichen Gattin, Mutter und Tante

Marie Becht,
geb. Pfommer

erfahren durften, sprechen wir auf diesem Wege unsern herzlichsten Dank aus.

Im Namen der 3 in erblichen Ebenen:
Gottlieb Becht.

Trauer-Drucksachen liefert rasch, sauber und preiswert die Druckerei dies. Blattes.

Dualstoffe neu eingetroffen.
Rane Schaible, Badstraße.
Verkaufe einen bereits noch neuen

Touristen-Anzug.
Martin Seeger, Schneider,
Neuweiler D.M. Calw.

Frisch eingetroffen:
Muschelfleisch i. Gelee
100 Gramm M. - 55
7 Pfd.-Dose „ 16.50

Kräuter Heringe
kleine, i. Eßig
1 Pfd. Mt. 2.50.
R. Otto Bincon.

Bezugskarten
Hochzeitkarten
Verlobungsanzeigen
liefert die Druckerei dieses Blattes.

Zu verkaufen:
Sofa m. 3 Sautenil
(für Salon),
2 Aquarium.
Haggasse 193.

Zu verkaufen eine schöne
zweireihige
Ziehharmonika
und einige
Kanarienhennen.
Karl Stoll, Haggasse 192.

B. G.
Heute
Familienabend.

Turnverein Calw.

Um auch der weiblichen Jugend Gelegenheit zu der heutzutage besonders notwendigen Kräftigung und Ausbildung ihres Körpers zu geben, nehmen wir unter der bewährten Leitung zweier älteren Turnwart

das Frauen-Turnen
in unserem Verein wieder auf.
Die erste Turnstunde findet am Mittwoch, d. 28. ds. Mts., abends 8 Uhr in der Turnhalle statt.
Wir laden die Frauen und Jungfrauen der hiesigen Stadt zu reger Teilnahme freundlichst ein.
Der Turnrat.

Lorenz Luz jr. Altensteig
TELEFON N° 446
Spezialhaus für Jagdgerätschaften.

Doppelflinten - Büchsfinten,
Drillinge,
Pirsch- und Scheibebüchsen
Revolver u. Mehrladepistolen.
Geschüßs.
Luftgewehre u. Zimmerstutzen.
Allerlei Munition.

Rucksäcke, Isolierflaschen, Jagdstöcke, Gamaschen,
Jagdgläser, Wildlöcher, Nückfänger, Feldbestecke,
Kochapparate, Feuerzeuge a. s. w. - Mäßige Preise!
Solide Arbeit!

la. Dachpappe (Friedensware)
ist wieder eingetroffen.
Hugo Rau, Bauunternehmer.

Kleineres Einfamilien-Haus
mit Garten an ruhigen Ort zu kaufen gesucht. Evtl. auch Tausch mit Wohn- und Geschäftshaus.
Angebote erbeten unt. B 204 an die Geschäftsstelle ds. Bl.

Neue Mietverträge
sind im Kontor dieses Blattes erhältlich.
Größere gestemmte Türen, zu Haustüren geeignet, sowie glatte Türen und einige Fenster verkauft
Schreinermeister Schaible.
Eine schöne, schwere Milch-Kuh,
zum 2. mal trächtig, gewöhnt und fehlerfrei, steht dem Verkauf aus
Balthas Sattler, Dechenfronn.
Deckenfronn.
Eine 38 Wochen, mit dem zweiten Kalb trächtige Kuh,
sowie ein 11 Wochen trächtiges Mutter-Schwein (Ersstling), steht dem Verkauf aus
August Nischele.

In Calw oder Umgebung wird der Grasertrag ein. Wiese od. eines Baumgrundstückes zu kaufen gesucht.
Angebote erbeten unt. R. 222 an die Geschäftsstelle ds. Bl.

Einen noch gut erhaltenen Kinder-Sig-n. Liege-Wagen mit Gummireifen hat zu verkaufen. Wer sagt die Geschäftsstelle des Blattes.
Verkaufe wegen besonderer Umstände
1,3 Stck. Landenten
18er Mai-Brut. Zu erfragen bei der Geschäftsstelle ds. Bl.

1 Glucke
mit 8 Stal. Kücken wird verkauft.
Schulgasse 8.
Neubulach.
1 Rind
steht dem Verkauf aus
Klaß, Witwe.
Gehingen.
Eine 9 Monate alte Zucht-Rind hat zu verkaufen
Friedrich Dongus.

Hochzeits-Einladung.
Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am Samstag, den 31. Mai stattfindenden
Hochzeits-Feier
in das Gasthaus zur „Sonne“ in Neubulach freundlichst einzuladen.
Georg Schmid,
Monteur, Neubulach.
Sophie Dittus,
Tochter d. Schuhmachermeysters Dittus, Oberhaugsfeldt.
Kirchgang 11 1/2 Uhr in Neubulach.

Statt jeder besonderen Einladung.
Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am Samstag, den 31. Mai 1919 stattfindenden
Hochzeits-Feier
im Hotel zum Hirsch in Bad Teinach freundlichst einzuladen.
Bernhard Luz,
Bäcker u. Konditor, Grundshelm D.A. Ehingen a.D.
Rosa Waizacker,
Tochter des Karl Waizacker, Schreinermeister in Bad Teinach.
Kirchgang 1/2 1 Uhr in Bad Teinach.

Die Kunstfärberei und Chem. Wascherel
Ferd. Strubberg, Stuttgart
übernimmt das
Reinigen und Färben von Herren- und Damen-Kleidung aller Art.
Lieferung in kürzester Zeit.
Annahmestelle in Calw:
Frl. N. Schaible, Badgasse.

Bettstellen
Eichen rohe in einfachster Art, bestellt in größeren monatlichen Lieferungen Möbelgeschäft.
Fournier und Leim wird eventl. mitgeliefert. Preislage 250-275 Mk.
Angebote mit Angabe, wieviel monatlich geliefert werden an R. 205 an die Geschäftsstelle ds. Bl.

Frische
Spargeln
empfehlen
Pfannkuch & Co.

Suche einige
Liegestühle
zu kaufen.
Angebote erbeten an
Pension Adam, Hieslar.

1 Brückenwage,
1 Rübenmühle,
2 Schafe
verkauft. Zu erfragen in der Geschäftsstelle des Blattes.

Boden-Öl,
Parkettwächse
Ritter-Drogerie
an der Nagoldbrücke.